

Gegen assistierten Suizid

250 Ärzte und Pflegekräfte in Wales mit Brief



Das Parlament von Wales muss über den Gesetzesentwurf abstimmen

Quelle: Wikimedia / Senedd Cymru / Welsh Parliament, CC BY 2.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

Mehr als 250 Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und andere Gesundheitsfachpersonen in Wales unterzeichneten einen offenen Brief gegen einen neuen Gesetzesentwurf. Es sei nicht der richtige Ansatz für Wales.

Die Mitglieder des Parlaments von Wales werden am 20. Januar über einen sogenannten «Legislative Consent Motion (LCM)» abstimmen. Ein LCM ist im Wesentlichen ein Mechanismus, mit dem [der «Senedd»](#) Gesetzen aus Westminster zustimmt – oder eben nicht –, sofern diese in Zuständigkeiten eingreifen, die Wales für sich selbst regelt, etwa in den Bereichen Gesundheit und Sozialfürsorge.

Nun wenden sich mehr als 250 Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und andere Gesundheitsfachpersonen in Wales mit einem offenen Brief an das walisische Parlament. Darin fordern sie, dass der [Gesetzentwurf «Terminally Ill Adults \(End of Life\) Bill»](#) abgelehnt wird.

«Aufsichtssysteme unzureichend»

Der [offene Brief \(über den auch «BBC» berichtet\)](#) argumentiert, dass der Gesetzentwurf, der den medizinisch assistierten Suizid für unheilbar Kranke legalisieren würde, «unzureichende» Aufsichtssysteme schaffe: «Es gibt keinen Mechanismus für eine unabhängige Kontrolle des assistierten Suizids, keine Möglichkeit der Berufung gegen die Genehmigung durch ein Gremium und keine Abhilfe für Angehörige, die sich belastet fühlen», heisst es in dem Schreiben.

Die Unterzeichnenden verweisen zudem auf ihre jahrelange medizinische Erfahrung und weisen darauf hin, dass die Definition der terminalen Erkrankung im Gesetzentwurf medizinisch nicht tragfähig sei und «die Risiken einer Fehldiagnose oder Fehlinformationen nicht berücksichtigt».

«Verlässliche Prognose unmöglich»

«Eine verlässliche Prognose ist unmöglich», erklären die Unterzeichnenden. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Schutzmassnahmen gegen Zwang vermutlich versagen würden, da dieser in der Regel «verdeckt und schwer zu erkennen» sei.

Besonders kritisch äussern sich die Unterzeichnenden zur Unterfinanzierung der Palliativversorgung. Sie weisen darauf hin, dass vielen leidenden Patientinnen und Patienten faktisch die Wahl zwischen assistiertem Suizid und einer unzureichenden palliativen Versorgung gelassen würde.

«Keine echte Wahl vorhanden»

Die Palliativmedizinerin Dr. Victoria Wheatley sagte: «Derzeit haben Menschen in einem Viertel von Wales keinen Zugang zu einem Hospizbett. Das bedeutet, dass sie keine echte Wahl haben. Einen staatlich geförderten Suiziddienst zu finanzieren, ohne zuvor eine umfassende Palliativversorgung sicherzustellen, ist nicht der richtige Ansatz für Wales.»

Dame Deirdre Hine, die frühere Chefärztin von Wales, warnte, dass im Falle einer Verabschiedung des Gesetzentwurfs verletzte Gruppen wie Obdachlose und Menschen mit Behinderungen unter Druck geraten könnten, ihr eigenes Leben zu beenden.

Der offene Brief schliesst mit den Worten: «Dieser Gesetzentwurf (...) birgt inakzeptable Risiken für die Sicherheit von Patienten und Gerechtigkeit. Wir fordern die Mitglieder des Senedd nachdrücklich auf, die gesetzgeberische Zustimmung zu diesem zutiefst fehlerhaften Gesetzentwurf zu verweigern.»

Zum Thema:

[Dossier Sterbenshilfe](#)

[Am Anfang und Ende des Lebens: England: Massive ethische Verschiebungen](#)

[Droht eine «Pflicht zu sterben»? England: Religiöse Führer warnen dringend vor Euthanasie-Gesetz](#)

Datum: 15.01.2026

Autor: Christian Today / Daniel Gerber

Quelle: Christian Today / Übersetzung: Livenet

Tags

[Ethik](#)

[Menschenrechte](#)

[Tod](#)

[Politik](#)